



Europäische Akademie

zur Erforschung von Folgen wissenschaftlich-technischer Entwicklungen
Bad Neuenahr-Ahrweiler GmbH

Direktor:
Professor Dr. Dr. h.c. Carl Friedrich Gethmann

Newsletter

Akademie-Brief ▪ No. 44 (January 2004)

Editorial

Since 1998 the Europäische Akademie publishes the book series "Wissenschaftsethik und Technikfolgenbeurteilung" (ethics of science and technology assessment) and just recently the volumes "Functional Foods" (volume 20) and "Embryo Research in Pluralistic Europe" (volume 21) were issued. The series serves to publish the results of the Europäische Akademie's work and make it available for public and the scientific community as well as to support political decision makers. Beside the final reports of the project groups, the series includes volumes on general questions on ethics of science and technology assessment as well as other monographic studies. The book series is published by the academy's Director, Professor Dr. Dr. h.c. Gethmann, the publishing company is the Springer Verlag. In regular terms the academy presents the volumes in Berlin, Brussels or Ahrweiler. The purpose of the presentations is to arrange a discussion platform for public and science to transport the results of scientific work into public, politics and the scientific community.

By now, 9 out of 21 volumes have been published in English; the last three titles of the series are "Environment Across Cultures" (volume 19), "Functional Foods" and "Embryo Research in Pluralistic Europe".

The Europäische Akademie continues its efforts in producing further volumes of the series, for 2004 following volumes are in preparation: "Low Dose Exposures in the Environment. Dose-effect Relations and Risk Evaluation", "Bridges between Science, Society, and Policy. Technology Assessment – Methods and Impacts", "On the Uniqueness of Humankind".

The Newsletter will report regularly about the recent publications of the book series.

FW

Focus

Die Bürgerversicherung aus liberaler Sicht

Friedrich Breyer

Angesichts der dramatischen Lage am Arbeitsmarkt, die von vielen auch mit den wachsenden Lohnzusatzkosten in Verbindung gebracht werden, hat in Deutschland eine intensive öffentliche Debatte um die Notwendigkeit einer umfassenden Reform des Gesundheitssystems eingesetzt. In Frage gestellt wurden nicht nur einzelne Elemente des Leistungskatalogs der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wie Zahnersatz und Krankengeld, sondern auch die Bemessungsgrundlage für die Beiträge und die Grenzen der Mitgliedschaftspflicht. Damit ergibt sich zum ersten Mal nach mehreren Jahrzehnten die Gelegenheit, die Grundprinzipien der sozialen Krankenversicherung in Deutschland in Frage zu stellen.

Die englische Fassung dieses Textes kann auf der Homepage der Europäischen Akademie abgerufen werden unter: www.europaeische-akademie-aw.de. The English version of this article is available at www.europaeische-akademie-aw.de.

Der Vorschlag der „Bürgerversicherung“ läuft darauf hinaus, die Mitgliedschaftspflicht in der GKV sofort oder nach und nach auf die gesamte Wohnbevölkerung auszudehnen. Dieser Vorschlag hat neben Zustimmung auch heftige Kritik geerntet, die sich vor allem auf folgende Argumente stützt:

- die damit einhergehende Einschränkung persönlicher Freiheiten sei durch die Ausdehnung der Finanzierungsbasis keineswegs gerechtfertigt, und
- die Aushöhlung der Privaten Krankenversicherung (PKV) senke das Ausmaß der Kapitaldeckung im Gesundheitswesen und gefährde damit die Nachhaltigkeit des Systems.

Daher soll hier der Versuch unternommen werden, die Frage der Zwangsmitgliedschaft systematisch auf der Grundlage der Prinzipien eines liberalen Rechtsstaats zu diskutieren. Diese verlangen zunächst, dass jede Einschränkung persönlicher Freiheiten durch den Staat damit begründet werden muss, dass ohne diese Maßnahme ein noch größerer Verlust an Handlungsfreiheit dro-

hen würde. Worin besteht dieser konkret im Falle der Krankenversicherung? Hierzu gibt es zwei mögliche Antworten:

Zum einen kann der Zwang mit dem Ziel begründet werden, die Ausbeutung der Gesellschaft durch „Trittbrettfahrer“ zu verhindern, die bewusst auf einen Versicherungsschutz verzichten, weil sie sich im Krankheitsfall auf die Hilfe durch staatliche Fürsorge verlassen. Dieser Gedanke war zur Zeit der Gründung der Gesetzlichen Krankenversicherung Ende des 19. Jahrhunderts, als mehr als 50 Prozent der Ausgaben auf Lohnersatzleistungen (Krankengeld) entfielen, durchaus relevant: Die Mitgliedschaftspflicht zwang den Einzelnen, zu dem Versicherungsschutz einen Beitrag zu leisten, und erhöhte somit die Freiheitsspielräume der Steuerzahler, die nun nur noch für „echte“ Notfälle aufkommen mussten. Besser Verdienende wurden – in Form der Versicherungspflichtgrenze – vom gleichen Zwang ausgenommen, weil ihnen der Staat zutraute, durch Ersparnis für die Wechselfälle des Lebens selbst vorzusorgen. Im Rahmen eines nach dem

Äquivalenzprinzip finanzierten Versicherungssystemen – höheren Beiträgen standen höhere Geldleistungen im Krankheitsfall gegenüber – war eine solche Ausnahme von der Mitgliedschaftspflicht nicht problematisch.

Unter den heutigen Bedingungen kann diese Begründung für die Pflichtmitgliedschaft in der GKV (und ihre Abgrenzung) nicht mehr überzeugen: Da das Krankengeld nur noch ca. 5 Prozent der Gesamtausgaben der GKV ausmacht, ist das Äquivalenzprinzip weitgehend dem Solidarprinzip gewichen, nach dem die niedrigen Risiken und die besser Verdienenden die Krankenbehandlung der hohen Risiken und der Einkommensschwachen mitfinanzieren, und man benötigt eine andere Rechtfertigung für die Zwangsmitgliedschaft. Diese findet man in dem Ziel der Herstellung von Chancengleichheit: Bereits bei der Geburt sind Unterschiede zwischen den Menschen bezüglich des Krankheitsrisikos erkennbar, und mit den Fortschritten der genetischen Diagnostik und der Verbreitung solcher Tests vor allem im pränatalen Bereich wird die Messbarkeit individueller Risiken noch weiter präzisiert werden. In der privaten Versicherung schlagen sich diese Unterschiede im Risiko in entsprechenden Unterschieden in den Prämien für eine Krankheitskostenversicherung nieder, d.h. diejenigen, die von der Natur ohnehin schon mit dem geringeren „Gesundheitskapital“ ausgestattet worden sind, müssen auch noch einen größeren Geldbetrag für einen ansonsten identischen Versicherungsschutz zahlen. Der Risikoausgleich wird durch die Verpflichtung aller Bürger bewirkt, eine Krankenversicherung mit einem bestimmten Mindest-Leistungsumfang abzuschließen – verbunden mit Kontrahierungszwang und Diskriminierungsverbot (d.h. risikounabhängige Beiträge) für die Träger der Versicherung. Hinter dem Schleier des Nichtwissens würde jeder eine solche Verpflichtung begrüßen, weil sie ihm im Falle eines ungünstigen Ausgangs der „Gesundheitslotterie“ bedeutende Freiheitsspielräume sichert, die er ohne sie nicht hätte.

Es ist klar, dass diese Rechtfertigung über die Herstellung von Chancengleichheit ihren Sinn verliert, wenn gerade die Leistungsfähigsten, die ohnehin schon von der Natur privilegiert, nämlich mit hohem Humankapital ausgestattet worden sind, ihre Entscheidung zur Mitgliedschaft daran knüpfen können, ob sie (als hohe Krankheitsrisiken) von dem beschriebenen Ausgleich profitieren oder nicht. Vielmehr ist eine solche Umverteilung nur dann legitim, wenn sie durch Ausdehnung der Mitgliedschaftspflicht auf die gesamte Wohnbevölkerung universellen Charakter hat, wie es etwa in der Schweiz der Fall ist. Besonders befremdlich an der gegenwärtigen

Rechtslage in Deutschland ist die Tatsache, dass der Staat von der Mitgliedschaftspflicht ausgerechnet seine eigenen Diener, die Beamten, sowie – durch die Versicherungspflichtgrenze – die meisten Politiker ausnimmt. In einem liberalen Rechtsstaat erscheint es vollkommen unakzeptabel, dass diejenigen, die die Gesetze formulieren und ihre Anwendung überwachen, sich das Privileg der Ausnahme genehmigen. Dabei ist auch noch zu bedenken, dass sich in Folge der Mittelknappheit in der GKV und der Steuerung durch feste Budgets eine ausgesprochene Zweiklassenmedizin herausgebildet hat: Eine Rationierung, d.h. zumindest eine zeitliche Verschiebung medizinisch indizierter Leistungen betrifft GKV-Mitglieder immer häufiger, während sie bei privat Versicherten keine Rolle spielt.

Klar erscheint, dass eine Einbeziehung von bisher privat Versicherten in die GKV nicht den Verlust der Alterungsrückstellungen bedeuten dürfte, die aus deren früheren Prämien gebildet wurden und daher dem Eigentumsschutz unterliegen. Sinnvollerweise kann sich die Ausdehnung der Versicherungspflicht daher nur auf die jeweiligen Berufsanfänger beziehen. Auch damit würde jedoch nach und nach der Grad der Kapitaldeckung in der Krankenversicherung insgesamt abnehmen, was angesichts der in den nächsten 30 Jahren bevorstehenden dramatischen demographischen Alterung von vielen als Verstoß gegen die Nachhaltigkeit gewertet wird.

Dieses Argument ist streng genommen jedoch nicht schlüssig, da es auf einer Gleichsetzung von Sozialversicherung mit Umlagefinanzierung und Privatversicherung mit Kapitaldeckung beruht. Diese ist schon deshalb unzutreffend, weil die PKV in Deutschland in erheblichem Umfang Umlage betreibt und sogar vom Gesetzgeber dazu gezwungen wird (§ 12a, Abs. 3, Versicherungsaufsichtsgesetz). Umgekehrt ließe sich im Prinzip auch in einer Sozialversicherung ein Deckungskapital halten, wie es z.B. in den USA der Social Security Trust Fund zeigt.

Auf der anderen Seite muss man sich jedoch die Frage stellen, ob die Kapitalbildung innerhalb des Finanzierungssystems für das Gesundheitswesen wirklich – wie vielfach behauptet – so segensreich ist oder ob nicht privates Sparen vorzuziehen ist. So verhindert das gegenwärtige System der Alterungsrückstellungen in der PKV den Wettbewerb um Bestandskunden, da es einen Wechsel des Versicherers bereits nach wenigen Jahren der Mitgliedschaft unattraktiv macht. Und so einfach ist es auch nicht, die Rückstellungen bei Versichererwechsel komplett auszuführen, da dann die Wechselmöglichkeiten auf die guten Risiken beschränkt wären. Aus dem Gesagten folgt, dass auch die Frage der

Kapitaldeckung bei den Versicherungsunternehmen keinen ausreichenden Grund liefert, die gegenwärtige Ungleichbehandlung nach Einkommen und Stellung im Berufsleben bezüglich der Versicherungspflicht fortzusetzen.

Schließlich wird verbreitet argumentiert, die GKV sei de facto eine Einheitskasse ohne wirksamen Wettbewerb, da die Kassen ein einheitliches Leistungspaket anbieten und auch mit den Leistungserbringern gemeinsam verhandeln müssten. Diese Behauptung ist zum einen übertrieben, weil die Kassen durch die Wahlfreiheit der Versicherten auch jetzt schon einen Anreiz haben, ihre Verwaltungsstrukturen effizient zu gestalten. Zum anderen ist der Mangel an Wettbewerb auf der Beschaffungsseite keineswegs konstitutiv für eine Sozialversicherung.

Zwar muss bei jeder Pflichtversicherung der Umfang des Versicherungsschutzes gesetzlich definiert sein. Idealerweise erstreckt sich dieser auch nur auf die Behandlung derjenigen Krankheiten, die eine signifikante genetische Komponente aufweisen und nicht überwiegend durch eigenes Verhalten gesteuert werden können (wie z.B. die Zahnbehandlung Erwachsener). Aber das System des Einkaufs der Leistungen könnte (und sollte) durch weitestgehende Vertragsfreiheit zwischen Krankenkassen und Leistungsanbietern reformiert werden, wodurch der Wettbewerb innerhalb der GKV intensiviert würde.

Die Behauptung, aus liberaler Sicht sei eine Bürgerversicherung nicht nur akzeptabel, sondern zwingend geboten, schließt also durchaus nicht aus, dass man weitere Reformen innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung aus Gründen der Effizienz und der Nachhaltigkeit für erforderlich hält. Es ist sogar wahrscheinlicher, dass die notwendigen Reformen in Gang kommen, wenn sämtliche Politiker Mitglieder der GKV sind.

Abschließend sei betont, dass eine Bürgerversicherung keineswegs mit der geltenden Form der Beitragserhebung – nämlich als proportionale Lohn- bzw. Einkommensteuer – einhergehen muss. Durch die Einbeziehung von Bevölkerungsgruppen, die kein Lohneinkommen beziehen, würde die Beitragsermittlung in der Tat viel aufwendiger, wenn der Einkommensbezug erhalten bleiben soll. Auch hier kann jedoch die Schweiz als Vorbild dienen, in der die Beiträge innerhalb jeder Kasse als einheitlicher Geldbetrag pro Kopf festgesetzt sind. Der Übergang ließe sich durch relativ einfache Umstellungen innerhalb des Steuersystems so bewerkstelligen, dass keine Bevölkerungsgruppe benachteiligt wird.

Der vorliegende Beitrag ist eine Antwort auf den Focus-Beitrag von Professor Dr. Kolmar im Newsletter Nr. 40 (der Beitrag ist auf der

Homepage der Europäischen Akademie unter www.europaeische-akademie-aw.de zu finden.)

Professor Dr. Friedrich Breyer hat den Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik an der Universität Konstanz inne und ist Forschungsprofessor am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Er ist Mitglied der im Aufbau befindlichen Arbeitsgruppe „Anreize zur Organspende“ und war Mitglied der Arbeitsgruppe „Ethische Fragen und gesellschaftliche Konsequenzen der Humangenetik“ der Europäischen Akademie. Professor Breyer ist Mitglied des Kollegiums der Europäischen Akademie.



Working Groups

Environmental Noise

On its second meeting, the expanded core group concluded its preparatory project phase on 2nd December 2004. The new members are Professor Dr. Andrzej Kaniowski (Lodz University, Chair of Ethics) and Professor Dr. Michael Kloepper (Humboldt-Universität Berlin, Institut für Öffentliches Recht und Völkerrecht). The project group refined its working programme towards a more concrete but still tentative study outline. The interdisciplinary discussion was on the ultimate goal to formulate any reasonable demands on noise acceptance to the society and its argumentative basis: Variation of certain physical parameters of noise may result in quite different physiological effects (i.e., relevance of peak or mean noise levels, ...) which speaks in favour of a differentiated view of noise loads. Moreover, annoyance from noise had changed over time or may vary distinctively among different societal groups, what means that noise can hardly be banned in absolute terms. Therefore and for other reasons, it remains questionable if "quietness" is to be generally aimed at or if noise has to be tolerated in any case in favour of an eventual "prior right" for mobility. The results of the planned two-years effort aim mainly at recommendations for the European level of noise regulation.

Project Coordinator: Dr. Stephan Lingner
Phone: +49 (0) 2641-973 306
stephan.lingner@dlr.de

Nanomaterialien, Nanodevices, Nanocomputing. Standortbestimmung und Perspektiven

The project group „Nanomaterialien, Nanodevices, Nanocomputing. Standortbestimmung und Perspektiven“ held a meeting in Bad Neuenahr-Ahrweiler from 18th-19th December. The main topic consisted of a refinement of the structured table describing nanotechnology features for information storage and retrieval. This table was completed and partially rearran-

ged. In addition, authorships were assigned to project group members for different table entries.

Furthermore, Professor Dr. Günther Schmid and Wolfgang Rathgeber visited the Materials Research Society (MRS) Meeting in Boston, USA, to get a first-hand-impression of scientific advances in the field of Nanotechnology. They contacted numerous protagonists of the respective academic community and presented the Europäische Akademie and its way of running research.

Project Coordinator: Dipl.-Ing. Wolfgang Rathgeber
Phone +49 (0) 2641-973 308
wolfgang.rathgeber@dlr.de

Embryo Research in Pluralistic Europe

On 15th December 2003 the Europäische Akademie's project group "Embryo Research in Pluralistic Europe" presented its final report to the public at the Representation of Rhineland-Palatinate in Brussels. The report comprises chapters on biological, clinical, legal, sociological and philosophical topics on research involving the human embryo. The particular focus has been given to the European dimensions of research in these areas. Professor Dr. Davor Solter, Chairman of the project group, gave an overview on the scope and aims of the project in general and the biological and clinical implications in particular.

Professor Dr. Rafael Pardo Avellaneda kicked-off a discussion on recent sociological data on public attitudes towards embryo experimentation and related issues. Professor Dr. Deryck Beyleveld presented a paper on the philosophical and the legal implications which need to be taken into account in a European discussion of embryo research and in other morally contentious areas of regulation.

Chair: Professor Dr. Davor Solter, Max-Planck-Institut Freiburg
Project Coordinator: Minou Bernadette Friele, M.A.
felix.thiele@dlr.de

TAMI Technology Assessment in Europe; between Method and Impact

The dissemination conference of the EU-project TAMI (Technology Assessment in Europe; between Method and Impact) took place on 27th November 2003 at the Flemish Parliament in Brussels. TA-experts, policy-makers, NGO's and industry representatives discussed the results of the TAMI-project and the issues of how awareness of technology issues can be furthered in society and how societal interaction can be improved to widen the influences of technology assessment (TA) to decision-

making-processes in politics. The EU-project has been coordinated by the Europäische Akademie since January 2002. Thirteen European TA-institutes participated in the project.

As first step the method group presented their definition of technology assessment. It was the first time that a common definition of TA was agreed upon a European level. In addition, the concept "From Method to Impact" was presented to illustrate and structure the different steps of a TA-project and thus, to guarantee its quality. The impact group presented a matrix of TA roles and their impacts. Examples were given to describe a case study representing each role.

Dr. Gerhard Schmid, Vice-President of the European Parliament, gave the key-note speech on "TA in Parliaments". In his speech he underlined the importance of political support with regard to recent technological developments. He referred to the situation where politicians are increasingly called upon to make decisions on matters of considerable technological complexity, and on matters which involve very difficult ethical and environmental considerations, such as biotechnology, genetic engineering or agriculture. Thereby, there is a great need of technology assessment as advice to politicians.

Eryl McNally, member of the European Parliament, asked for more collaboration between the policy-making and the TA communities. From her point of view, TA-institutes should focus more on the needs of politicians by choosing topics which are relevant for policy-makers.

The results of the TAMI project will also be published in the book series „Wissenschaftsethik und Technikfolgenbeurteilung“ of the Europäische Akademie. The study will be announced (spring 2004) at the following website: www.europaeische-akademie-aw.de.

Project Coordinator: Dr. Miltos Liakopoulos
Contact: Susanne Stephan
Phone: +49 (0) 2641-973 323
susanne.stephan@dlr.de

News

Ehrendoktorwürde

Am 9. Dezember zeichnete die Humboldt-Universität zu Berlin nach Beschluss der Philosophischen Fakultät I und des Senats den Direktor der Europäischen Akademie, Professor Dr. Carl Friedrich Gethmann, mit der Ehrendoktorwürde aus. Im Rahmen eines Festaktes überreichte der Dekan der Philosophischen Fakultät I, Professor Dr. Oswald Schwemmer, in Anwesenheit des Präsidenten der Universität, Professor Dr. Jürgen Mlynek, Professor Gethmann die Ehrenurkunde.

Die Philosophische Fakultät ehrte Gethmann als „einen der profiliertesten Philosophen im deutschsprachigen Raum“. Seine Arbeiten sowie die von ihm initiierten und geleiteten Projekte seien modellhaft für eine erfolgreiche Kooperation zwischen der Philosophie und den Wissenschaften, insbesondere hinsichtlich der Fragen zu aktuellen technischen Entwicklungen. In den Jahren 1991 bis 1993 war Gethmann Vorsitzender der Struktur- und Berufungskommission Philosophie, die nach der Vereinigung die Neugründung des Instituts für Philosophie der Humboldt-Universität zu Berlin durchgeführt hat. Im Rahmen der Neugründung wurde durch die Besetzung von 7 Professuren die Struktur des Instituts festgelegt.

The Role of Uncertainties in Dealing with Climate Change

Dr. Stephan Lingner joined a working group on the a.m. topic which is coordinated by Professor Dr. R. Sausen, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR) Oberpfaffenhofen, and which held its second regular meeting on 4th December 2003 in Berlin. The aim of this working group is to review the relevant issues with respect to outlining possible German contributions to cross-cutting issues of the climate problem in view of the preparation of the Forth Assessment Report of the Intergovernmental Panel of Climate Change. Dr. Lingner's responsibility in this group is on clarification of the relevant notions, risk assessment and normative questions.

Welcome

The Europäische Akademie welcomes Dipl.-Biol. Margret Engelhard and Thorsten Galert M.A. as new members of the scientific staff. Mrs. Engelhard graduated in micro- and molecularbiology at the Philipps-Universität Marburg and the Max-Planck-Institute for Terrestrial Microbiology and is currently finishing her PhD at the Universität Basel (Switzerland). Her PhD focuses on micro- and molecularbiology and botany. Since January 2004 she manages the project "Incentives for Organ Donations". Furthermore, she is interested in a novel technique of drug production that is referred to as "Pharming". This technique employs transgenic plants or animals

for the production of pharmaceutical proteins.

Mr. Galert studied philosophy and chemistry at the Philipps-Universität Marburg. Recently he submitted a PhD-thesis on animal consciousness. Since January 2004 he manages the project "Intervening in Psychic Capacities". His fields of interest include applied ethics, theory of science and philosophy of mind.

Graue Reihe

Recently three new volumes of the Europäische Akademie's publication "Graue Reihe" have been issued:

No 33 Ulrich Steger et al., Sustainable Development and Innovation in the Energy Sector. Executive Summary, 2/03

No 34 Carl Friedrich Gethmann, Stephan Lingner, Zukünftige Klimaänderungen als Herausforderung für die deutsche Wirtschaft, 7/03

No 35 G. Schmid, M.Decker, H. Ernst, H. Fuchs, W. Grünwald, A. Grunwald, H. Hofmann, M. Mayor, W. Rathgeber, U. Simon, D. Wyrwa, Small Dimensions and Material Properties. A Definition of Nanotechnology, 11/03

Publications

Carl Friedrich Gethmann

„The philosophical importance of limitative theories in logic and mathematics“, in: W. Högbe (ed.) *Grenzen und Grenzüberschreitungen*. XIX. Deutscher Kongress für Philosophie. Vorträge und Kolloquien, Berlin 2003, 502 – 504

Stephan Lingner

„Perspektiven für das Innovationsklima und das Klimahandeln der deutschen Wirtschaft. Ein vorläufiges Fazit“, in: C.F. Gethmann / S. Lingner *Zukünftige Klimaänderungen als Herausforderung für die deutsche Wirtschaft*. Graue Reihe 34. Europäische Akademie Bad Neuenahr-Ahrweiler, 2003

„Legitimacy of tolerating limited environmental pollution? The case for natural attenuation“, in: *Poiesis & Praxis* (2003) 2: 73–79

Personalities



Jochen Taupitz studied law in Göttingen and Freiburg from 1973–1978. He was conferred a doctorate at the Georg-August-Universität Göttingen in the year 1981, passed the higher state examination in law in 1982 and became a university lecturer in Göttingen in 1988 with a thesis on the professional codes of ethics. From 1988 to 1989, he was a university professor in Göttingen, since 1990 he has held the position of a full professor for civil law, civil procedure law, private international law and comparative law at the Universität Mannheim. From 1996 to 2002 he also performed secondary duties as a judge at the Oberlandesgericht of Karlsruhe. In addition, since October 1998, he has been the Managing Director of the Institute for German, European and International Medical Law, Public Health Law and Bioethics of the Universities of Heidelberg and Mannheim. He has rejected offers of a university chair at the universities of Kiel (1993) and Bonn (1997) and also declined the position of Director of the Swiss Institute for Comparative Law (2003).

Among other appointments, he is a member of the Nationale Ethikrat and the Working Group on "Gesundheitsstandards" of the Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften.

Professor Taupitz is member of the Europäische Akademie's currently established working group "Incentives for Organ Donation" and member of the Council of the Europäische Akademie.

Publisher:	Europäische Akademie zur Erforschung von Folgen wissenschaftlich-technischer Entwicklungen Bad Neuenahr-Ahrweiler GmbH, Wilhelmstraße 56, D-53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler e-mail: europaeische.akademie@dlr.de, Internet: www.europaeische-akademie-aw.de
Director:	Professor Dr. Dr. h.c. Carl Friedrich Gethmann (V.i.S.d.P.)
Editing:	Sevim Kiliç, Dipl.-Päd., Phone +49 (0) 2641-973 313, Fax 973 320, Sevim.Kilic@DLR.de
Print:	Warlich Druck Ahrweiler GmbH, Bad Neuenahr-Ahrweiler ISSN 1432-0150, frequency of publication: 6 – 8 times per year, 2.700 copies, reproduction is permitted with reference to the source, please send two voucher copies.